

Mittwoch, 24. Mai 2006

Serbien: Neues Religionsgesetz verabschiedet

Am letztmöglichen von der Verfassung erlaubten Termin, unterzeichnete der serbische Präsident Boris Tadic in Belgrad ein umstrittenes Kirchen- und Religionsgesetz.

Er tat dies, obwohl das Gesetz Minderheitskirchen diskriminiert - auch solche, die schon mehr als 100 Jahre im Land wirken. Sowohl er, als auch Ministerpräsident Vojislav Kostunica drängten deshalb die Nationalversammlung, das Gesetz nachzubessern - was aber nicht geschah.

In seiner nun gültigen Form gibt es in Serbien einerseits die privilegierte Kategorie der »traditionellen Kirchen und religiösen Gemeinschaften«. Zu ihr gehören:

- die Serbisch-Orthodoxe Kirche
- die Evangelisch-Lutherische Kirche (slowakisch)
- die Evangelisch-Christliche Kirche (ebenfalls eine lutherische Kirche)
- die Evangelisch-Reformierte Kirche (ungarisch)
- die Römisch-Katholische Kirche
- die Islamische Gemeinde
- die Jüdische Gemeinde

Andererseits gibt es die Kategorie der »konfessionellen Gemeinschaften«. Zu ihr gehört unter anderem auch die Evangelisch-methodistische Kirche (EmK). »Konfessionelle Gemeinschaften«, die sich nun nicht erfolgreich um eine Registrierung und eine staatliche Anerkennung bemühen bleiben als Vereine organisiert. Damit können sie beispielsweise nicht von einer Steuerbefreiung profitieren. Vor allem aber haben sie auch keinen Zugang zur Krankenhaus- und Gefängnisseelsorge sowie zur Erteilung von kirchlichem Unterricht an staatlichen und privaten Schulen. Und schliesslich dürfen sie keine Schulen, Spitäler oder Heime betreiben.

Die EmK in Serbien hatte sich zuvor unterstützt von der Konferenz Europäischer Kirchen und der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa erfolglos gegen diese Benachteiligung gegenüber den »traditionellen Kirchen und religiösen Gemeinschaften« eingesetzt.

Am vergangenen Freitag, 19. Mai 2006, trafen sich nun die Kirchenleitung der EmK in Serbien und Religionsminister Milan Radulovic. In einem zweistündigen Gespräch wurden unter anderem die Auswirkungen des Gesetzes auf die Arbeit der EmK und Fragen um eine Registrierung der Kirche thematisiert. Dabei wurde deutlich: Nimmt das zuständige Religionsministerium ein entsprechendes Gesuch an, so wird die EmK als juristische Person staatlich anerkannt. Sie wäre damit den »traditionellen Kirchen und religiösen Gemeinschaften« rechtlich völlig gleichgestellt. So hätte sie nicht nur die Freiheit, ihr nach innen gerichtetes Leben zu gestalten. Vielmehr hätte sie auch weit reichende Möglichkeiten für den Dienst an der

Gesellschaft.

Superintendentin Ana Palik-Kuncak vertrat nach der offenen und konstruktiven Begegnung die Einschätzung, dass die EmK aufgrund ihrer langen Präsenz im Land und aufgrund der vorgelegten Dokumentation über die Kirche gute Chancen hätte, registriert und staatlich anerkannt zu werden. Es ist zu hoffen, dass die umfangreichen Vorbereitungen für diesen Schritt auch wirklich bald zum gewünschten Ziel führen werden.

Urs Schweizer

Assistent des Bischofs Dr. Patrick Streiff

EMKNI-Redaktion